



Asyl - und dann?

Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen
in Deutschland

BAMF-Flüchtlingsstudie 2014

Susanne Worbs, Eva Bund, Axel Böhm

Kurzfassung



Erste systematische Erkenntnisse zu Geflüchteten mit dauerhafter Bleibeperspektive

Die BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 beschäftigt sich mit Asylberechtigten (nach Art. 16a GG) und anerkannten Flüchtlingen (nach § 3 Abs. 1 AsylG) aus Afghanistan, Eritrea, dem Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien. Diese sechs Herkunftsländer haben das Asylzugangsgeschehen der letzten zehn Jahre in Deutschland maßgeblich geprägt (42,5 % aller Erst- und Folgeanträge zwischen 2006 und 2015). Die befragten Personen sind zwischen 18 und 69 Jahre alt und haben zwischen 2008 und 2012 ihren Status im Asylverfahren zuerkannt bekommen. Die Untersuchung erlaubt damit Aussagen über die mittlerweile große und weiter wachsende Gruppe von Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive, die sich bereits einige Jahre in Deutschland aufhalten. Aus der erstmaligen systematischen Erfassung ihrer Lebenssituation im Rahmen der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 lassen sich wichtige Schlussfolgerungen für die aktuelle und künftige Integrationspolitik ableiten.

Postalische Befragung im Sommer 2014

Die Befragung erfolgte von Juli bis September 2014 bundesweit auf postalischem Wege mittels eines standardisierten Fragebogens, der auch übersetzt vorlag. Die Adressen der Zielpersonen wurden über das Ausländerzentralregister (AZR) und die lokalen Ausländerbehörden ermittelt, wobei aus forschungspraktischen Gründen eine Konzentration auf mittlere und größere Behörden überwiegend in Westdeutschland erfolgte. Mit dieser leichten räumlichen Einschränkung ist die Studie für Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge ab 18 Jahren aus den sechs Herkunftsländern, die zwischen 2008 und 2012 ihr Asylverfahren abgeschlossen haben, repräsentativ. Die bereinigte Rücklaufquote (bezogen auf die verwertbaren Adressen) war mit 52,6 % sehr hoch. Die Antworten von 2.805 Personen gingen in die Datenanalyse ein.

Geschlechts- und Altersstruktur: Überwiegend jung und männlich

Tabelle 1: Geschlechts- und Altersstruktur

Herkunftsland	Geschlecht		Altersgruppen				
	Männlich	Weiblich	18-34 Jahre	35-49 Jahre	50-64 Jahre	65 Jahre oder mehr	Altersdurchschnitt
Afghanistan	62,3	37,7	70,2	20,2	8,1	1,5	32,5 Jahre
Eritrea	47,5	52,5	48,1	31,5	15,3	5,1	37,9 Jahre
Irak	67,6	32,4	66,3	25,4	7,0	1,3	33,7 Jahre
Iran	61,0	39,0	45,8	41,1	12,0	1,1	37,8 Jahre
Sri Lanka	82,9	17,1	58,2	35,2	5,0	1,6	35,3 Jahre
Syrien	65,2	34,8	62,7	31,0	6,0	0,3	33,7 Jahre
Gesamt	65,2	34,8	60,5	29,7	8,4	1,4	34,8 Jahre

Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.805, gewichtet. Angaben bis auf den Altersdurchschnitt in Prozent.

Zwei Drittel der Befragten der Studie sind Männer und gut 60 % von ihnen sind unter 35 Jahre alt. Zum Teil gibt es jedoch herkunftslandspezifische Abweichungen von diesem Muster. So liegt der Männeranteil der aus Sri Lanka stammenden Befragten bei 82,9 %, während bei der Gruppe aus Eritrea der Anteil der Frauen mit 52,5 % überwiegt. Die größte Gruppe an besonders jungen Menschen weisen die aus Afghanistan stammenden Befragten auf. Geflüchtete aus dem Iran und Eritrea haben dagegen mit durchschnittlich knapp 38 Jahren eine etwas nach oben verschobene Altersstruktur.

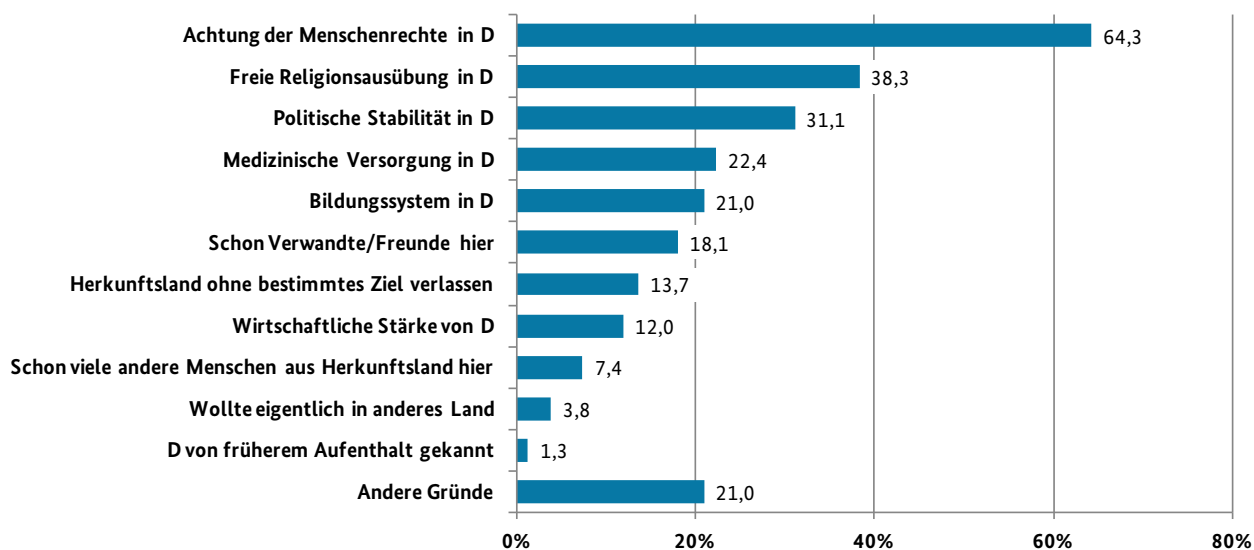
Mehrpersonenhaushalte in Mietwohnungen dominierend

Insgesamt leben mehr als zwei Drittel (68,8 %) der Befragten mit anderen Personen im Haushalt zusammen, meistens mit Ehegatten und Kindern. Die Gruppe der Alleinlebenden ist überwiegend von ledigen jüngeren Männern geprägt, bei einigen Herkunftsländern – beispielsweise Eritrea – spielen jedoch auch verwitwete oder geschiedene Frauen in höherem Lebensalter eine Rolle. Irakische und syrische Flüchtlinge haben die durchschnittlich höchste Personenzahl im Haushalt, sind besonders häufig verheiratet und haben die meisten im Haushalt lebenden Kinder. Diese befinden sich herkunftsländübergreifend zu zwei Dritteln im Vorschul- oder Grundschulalter. Die befragten Flüchtlinge leben mehrheitlich (zu 60 %) in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern, weitere 30 % in Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 20.000 und 100.000 und die übrigen 10 % in Kleinstädten sowie im ländlichen Raum. Bei den Wohnverhältnissen sind Mietwohnungen dominierend, nur noch wenige Flüchtlinge sind in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Vergleicht man die Zahl der verfügbaren Zimmer der Unterkunft mit der Personenzahl im Haushalt, so sind bei rund einem Fünftel der Haushalte mit vier oder mehr Personen die räumlichen Verhältnisse als beengt anzusehen. Die Suche nach adäquatem Wohnraum wird als schwierig empfunden.

Gründe für die Wahl des Ziellandes Deutschland und Aufenthalte in weiteren Ländern

Mehr als die Hälfte der Befragten geben mehrere Gründe für die Wahl Deutschlands als Zielland ihrer Flucht an. Der am häufigsten genannte Grund ist die Achtung der Menschenrechte in Deutschland, gefolgt von weiteren Motiven, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der individuellen Schutzsuche stehen (z. B. freie Religionsausübung, politische Stabilität Deutschlands).

Abbildung 1: Gründe für die Wahl des Ziellandes Deutschland nach Häufigkeit der Nennung (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.741, gewichtet. Mehrfachnennungen möglich.
Basis: Befragte, die mindestens einen Grund genannt haben. D=Deutschland.

Nur 15,0 % der Befragten haben in mindestens einem weiteren Land außer Deutschland und dem Herkunftsland mehr als drei Monate gelebt. Bei Flüchtlingen aus Afghanistan (42,5 %) und Eritrea (32,9 %) kamen solche Aufenthalte deutlich häufiger vor. Dabei dominieren Nachbarländer der Herkunftsstaaten sowie Transitstaaten auf dem Weg nach Europa, vorrangig Griechenland.

Asylverfahren: Mehrheitliche Zufriedenheit trotz teils langer Dauer

Bei zwei Dritteln der Befragten dauerten die Asylverfahren unter einem Jahr, bei 11,6 % mehr als zwei Jahre. Die Verfahrensdauer variiert sehr stark nach Herkunftsländern, wobei irakische Flüchtlinge die kürzesten und iranische die längsten Zeitspannen aufweisen. Gerichtliche Klagen gegen die Bescheide des BAMF kamen verhältnismäßig selten vor (11,7 %). Eine Klageerhebung verlängert das Asylverfahren sehr deutlich. Bei sämtlichen dieser Aussagen ist zu beachten, dass nur Personen befragt wurden, deren Verfahren zum Befragungszeitpunkt abgeschlossen waren und die einen positiven Verfahrensausgang hatten.

Mit der Dauer des Asylverfahrens, dem Kontakt zu Behördenvertretern sowie der Unterbringung zeigt sich jeweils eine Mehrheit der Befragten rückblickend zufrieden. Relativ am größten ist die Unzufriedenheit bei der Unterbringung sowie generell bei Befragten mit langen Asylverfahren und/oder Herkunft aus dem Iran.

Schulische Bildung: Überwiegend auf mittlerem Niveau, Differenzen nach Herkunftsländ und Geschlecht

Knapp ein Viertel der Befragten hat entweder keine Schule besucht (16,4 %) oder eine Schulbesuchsdauer von maximal vier Jahren angegeben (6,9 %). Die überwiegende Mehrheit nennt eine Schulbesuchsdauer, die dem deutschen Sekundarschulniveau entspricht. Etwa die Hälfte der Befragten hat zehn Jahre oder länger eine Schule besucht. Dabei sind Frauen bei kurzen Schulbesuchsdauern oder dem völligen Fehlen von schulischer Bildung überrepräsentiert, bei längeren Schulbesuchsdauern hingegen unterrepräsentiert.

Tabelle 5-1: Dauer des Schulbesuchs nach Herkunftsländ (in Prozent)

Herkunftsländ	Keine Schule besucht	Bis zu 4 Jahre	5 bis 9 Jahre	10 bis 14 Jahre	15 Jahre oder mehr	Keine Angabe/Sonstiges	Gesamt
Afghanistan	18,3	7,1	20,7	48,9	2,8	2,2	100,0
Eritrea	5,4	8,1	20,4	61,8	2,1	2,2	100,0
Irak	25,9	10,5	30,9	25,7	3,5	3,5	100,0
Iran	1,4	0,3	6,8	87,0	4,0	0,5	100,0
Sri Lanka	4,8	2,7	15,5	69,0	1,6	6,3	100,0
Syrien	16,1	6,6	28,9	41,5	4,3	2,6	100,0
Gesamt	16,4	6,9	22,7	47,9	3,5	2,6	100,0

Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.403, gewichtet.
Basis: Befragte mit plausiblen Angaben zur Dauer des Schulbesuchs.

Sowohl für die Schulbesuchsdauer als auch für die zuletzt besuchte Schulart zeigen sich herkunftsgruppenspezifische Unterschiede. Während Befragte aus dem Iran und Sri Lanka vergleichsweise gut abschneiden (längere Schulbesuchsdauern und zuletzt häufig Sekundarschulen mit höherem Abschluss), zeigen die Befunde zu Flüchtlingen aus dem Irak und Syrien ein weniger günstiges schulisches Qualifikationsprofil. Flüchtlinge aus Eritrea weisen zwar eine durchschnittlich längere Schulbesuchsdauer auf, geben jedoch zugleich am häufigsten an, zuletzt nur eine Primar- oder Sekundarschule mit einfachem Abschluss besucht zu haben, was auf Zuordnungsprobleme hindeutet. Befragte aus Afghanistan nehmen eine Mittelposition ein.

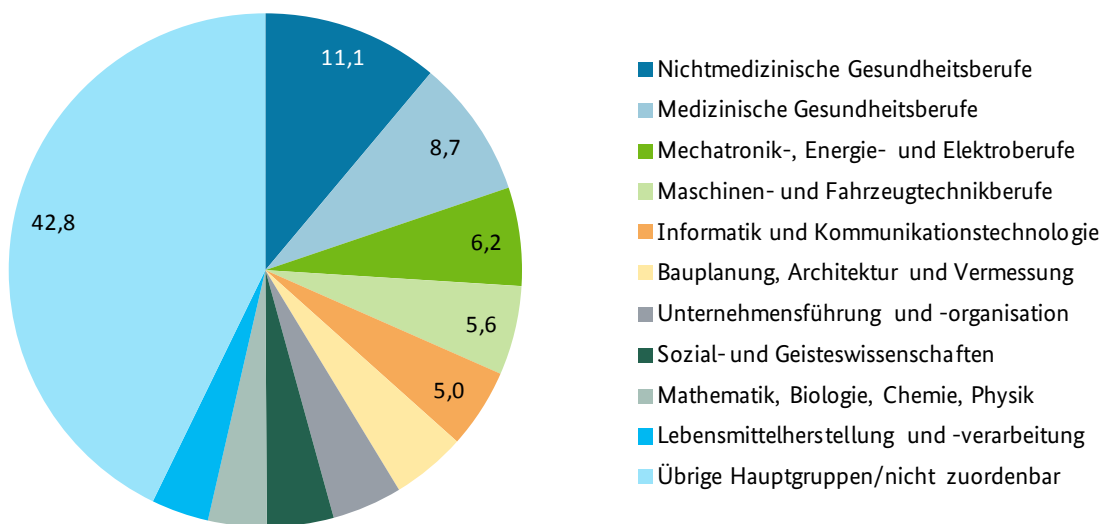
Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, die zuletzt besuchte Schule mit Abschlusszeugnis beendet zu haben (45,9 %) oder diese zum Zeitpunkt der Befragung noch in Deutschland zu besuchen (4,8 %). Frauen erreichen – trotz ihrer Nachteile bei der Schulbesuchsdauer – insgesamt etwas häufiger Schulabschlüsse mit einem Zeugnis als Männer oder gehen aktuell noch zur Schule. Die deutliche Mehrheit der Befragten (83,0 %) mit Schulabschluss hat den höchsten Abschluss im Herkunftsland erworben.

Berufliche Bildung: Hoher Anteil formal nicht Qualifizierter, breites Spektrum vorhandener Qualifikationen

61,7 % der Befragten sind aus deutscher Sicht als (noch) nicht beruflich qualifiziert einzuordnen, d. h. sie hatten zum Befragungszeitpunkt eine Ausbildung oder ein Studium weder abgeschlossen noch begonnen oder abgebrochen. Mehr als die Hälfte dieser Menschen war jedoch im Herkunftsland schon erwerbstätig. Die Herkunftsländerunterschiede hinsichtlich der beruflichen Qualifizierung sind relativ ausgeprägt, wobei der Iran den geringsten und der Irak den höchsten Anteil (noch) nicht beruflich qualifizierter Personen aufweist. Frauen sind in fast allen Herkunftsgruppen stärker von fehlenden Berufsqualifikationen betroffen als Männer.

Das inhaltliche Spektrum der Qualifikationsangaben – bezogen auf Befragte, die eine Berufsausbildung oder ein Studium zumindest begonnen haben – umfasst beinahe alle Berufshauptgruppen gemäß der Klassifikation der Berufe 2010. Am häufigsten vertreten sind nichtmedizinische (z. B. Friseur) und medizinische Gesundheitsberufe (z. B. Krankenpfleger) sowie technische Berufsfelder inklusive Informatik. Frauen weisen häufiger Qualifikationen im sozialen und pädagogischen Bereich auf.

Abbildung 2: Ausbildungsberufe und Studiengänge nach Berufshauptgruppen der Klassifikation der Berufe 2010 (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=825, gewichtet. Anteile unter 5 % werden nicht ausgewiesen.
Basis: Befragte mit abgeschlossenem, laufendem oder abgebrochenem Ausbildungs-/Studiengang bzw. ohne Zeugnis.

Kombination von schulischer und beruflicher Bildung: Nicht- und Höherqualifizierte

12,9 % der Befragten im Alter zwischen 25 und 65 Jahren sind in kombinierter Betrachtung von schulischer und formaler beruflicher Bildung als nicht qualifiziert einzuschätzen, d. h. sie haben weder eine Schule besucht noch eine berufliche Ausbildung begonnen. 9,8 % sind zwölf Jahre oder länger zur Schule gegangen und haben ein Studium mindestens begonnen (Höherqualifizierte). Mindestens 7,8 % haben einen Hochschulabschluss. Dabei sind Human-, Zahn- und Veterinärmediziner, Sprach- und Literaturwissenschaftler, Ingenieurberufe aus den Bereichen (Maschinen-)Bau und Chemie sowie Architekten am häufigsten vertreten. Die breite Mehrheit der Befragten befindet sich zwischen diesen Extremen der Qualifikation. Auch hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Herkunftsland (Tabelle 3).

Tabelle 6-5: Anteil von nicht und höher qualifizierten Personen nach Herkunftsland (in Prozent)

Herkunftsland	Anteil Nichtqualifizierte	Anteil Höherqualifizierte
Afghanistan	15,7	12,6
Eritrea	3,9	7,6
Irak	19,7	6,0
Iran	1,4	19,0
Sri Lanka	4,1	4,6
Syrien	12,8	8,3
Gesamt	12,9	9,8

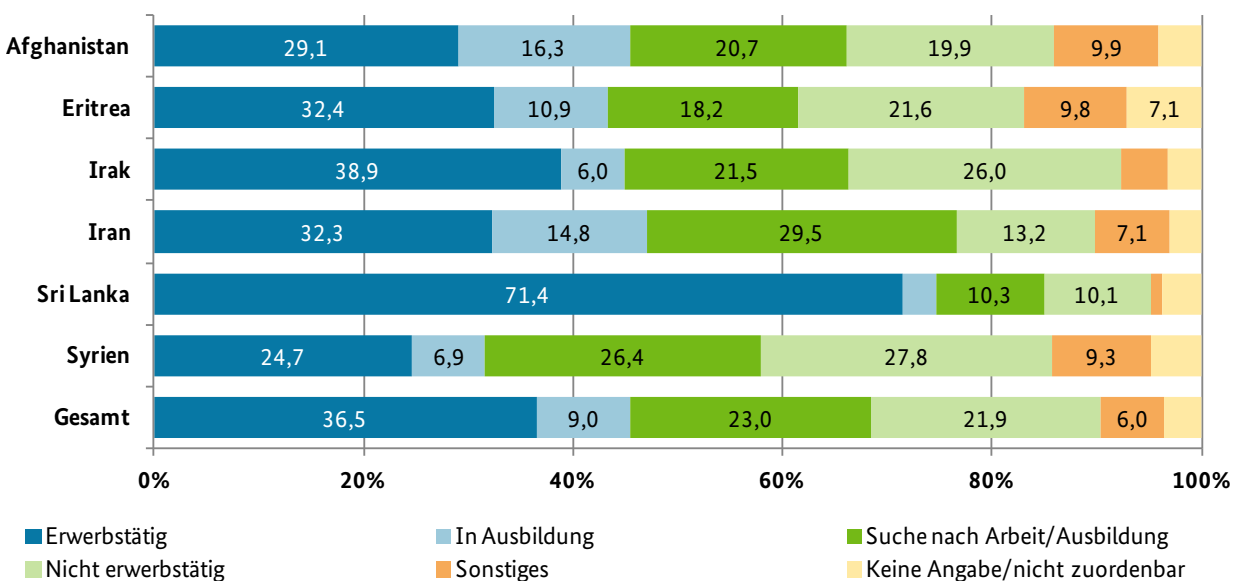
Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.437, gewichtet.
Basis: Befragte im Alter von 25 bis einschließlich 65 Jahren.

Die Befragten mit vorhandenen Ausbildungs- oder Studienabschlüssen haben diese mehrheitlich in ihren Heimatländern erworben. Nur etwa die Hälfte dieses Personenkreises hat versucht, den Abschluss in Deutschland anerkennen zu lassen, darunter besonders viele Iraner. Von den Personen mit Antrag und abgeschlossenem Anerkennungsverfahren haben fast 80 % eine vollständige oder teilweise Anerkennung erreicht, zumeist für akademische Berufe. Nur ein geringer Anteil von etwa 5 % der Befragten hat Umschulungen oder sonstige berufliche Qualifizierungsmaßnahmen (inklusive Praktika) in Deutschland absolviert.

Diskrepanz zwischen aktuellem Erwerbsstatus und dem Wunsch nach Erwerbstätigkeit

Gut ein Drittel (36,5 %) aller Befragten ist erwerbstätig, jeweils gut ein Fünftel befindet sich auf der Suche nach einer Arbeits- oder Ausbildungsstelle oder ist nicht erwerbstätig, 9,0 % gehen einer schulischen oder beruflichen Ausbildung bzw. einem Studium nach. Dabei gibt es ausgeprägte Unterschiede nach Herkunftsland und Geschlecht. Männer aus Sri Lanka sind in besonders hohem Maße erwerbstätig, Frauen generell in wesentlich geringerem Maße. Sie arbeiten auch wesentlich häufiger nur in Teilzeit oder als geringfügig Beschäftigte als Männer. Unabhängig vom aktuellen Erwerbsstatus ist der Wunsch nach Erwerbstätigkeit in Deutschland bei allen Flüchtlingen sehr ausgeprägt.

Abbildung 3: Lebenssituation/aktueller Erwerbsstatus in Deutschland nach Herkunftsland (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.805, gewichtet. Anteile unter 5 % werden nicht ausgewiesen.
"In Ausbildung" umfasst Schüler, Auszubildende, Studierende und Praktikanten.

Erwerbstätigkeit konzentriert sich auf wenige Branchen

Die Beschreibung der beruflichen Tätigkeiten in Deutschland lässt eine starke Konzentration auf die Branchen Lebensmittel (Herstellung und Verarbeitung), Gastronomie, Reinigungsgewerbe sowie Verkehr und Logistik erkennen. Es handelt sich ganz überwiegend um abhängige Beschäftigung auf geringem bis mittlerem Qualifikationsniveau, was in vielen Fällen der fehlenden formalen Berufsbildung entspricht. Selbstständigkeit sowie Berufstätigkeiten, die eine akademische Qualifikation voraussetzen, wie z. B. Ärzte, sind selten. Ungenutztes Potenzial bei Flüchtlingen mit Berufs- und insbesondere mit Studienabschluss ist hier unverkennbar.

Problematische Einkommenssituation

In mindestens 60,8 % der Haushalte, in denen die befragten Flüchtlinge leben, trägt mindestens eine staatliche Transferleistung zum Haushaltseinkommen bei. Häufig handelt es sich dabei um Grundsicherungsleistungen nach SGB II oder SGB XII. Die Mehrheit der Haushalte erzielt ein Einkommen von unter 1.500 Euro monatlich. Dabei haben Erwerbstätige sowie Personen, die sich schon länger in Deutschland aufhalten, tendenziell höhere Einkommen, was auf Verbesserungen im Zeitverlauf hinweist.

Soziale Kontakte: Ausbildung, Arbeit, Sport und Religion als wichtige Anknüpfungspunkte

Die Kontakthäufigkeit der Befragten zu Deutschen – sowohl im Freundeskreis als auch in der Nachbarschaft – ist stärker ausgeprägt als ihr Kontakt zu Personen aus anderen Ländern. Vor allem Flüchtlinge aus Sri Lanka weisen eine überdurchschnittlich hohe Kontaktdichte auf. Im Vergleich der Geschlechter haben Frauen seltener soziale Kontakte als Männer, insbesondere zu Deutschen. Erwerbstätige und Auszubildende sind deutlich stärker sozial vernetzt als Personen, die sich in anderen Lebenssituationen befinden.

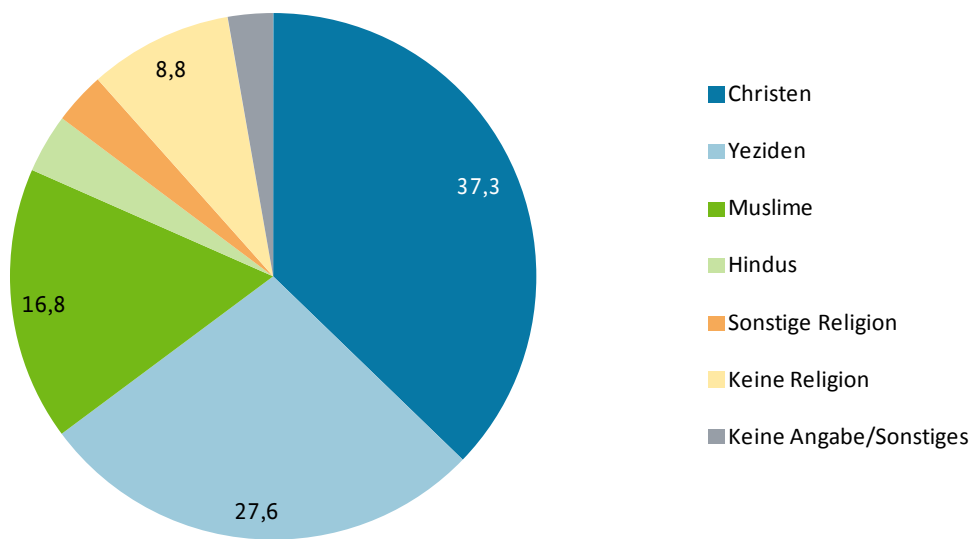
Die zivilgesellschaftliche Beteiligung der Befragten ist auf sportliche und religiöse Aktivitäten konzentriert. Entsprechende Organisationen wie Sportvereine oder Kirchengemeinden bilden damit wichtige Träger der Integration für Flüchtlinge.

Diskriminierungserfahrungen vor allem bei der Suche nach Wohnung, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz

Mit Blick auf erlebte Diskriminierung stellt die Wohnungssuche ein zentrales Problemfeld dar, wobei vor allem Alleinlebende und/oder Geringverdiener betroffen sind. Auch die Suche nach einem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz sowie der Umgang mit Ämtern und Behörden (nicht jedoch mit der Polizei) werden relativ häufig als problematisch eingestuft. Flüchtlinge aus dem Iran berichten überdurchschnittlich oft von Benachteiligungserfahrungen.

Religiöse Vielfalt und Unterschiede in der Glaubenspraxis

Die von den Flüchtlingen am häufigsten genannte Religionsgemeinschaft stellt das Christentum dar, das vor allem von Eritreern (orthodox) und Iranern (evangelisch) genannt wurde. An zweiter Stelle stehen Yeziden, die knapp die Hälfte der irakischen und ein Fünftel der syrischen Befragten ausmachen. Es folgen an dritter Stelle muslimische Religionsgemeinschaften, die die mehrheitlich genannte Religion bei den Afghanen und Syrern darstellen. Flüchtlinge aus Sri Lanka sind überwiegend Hindus. Nur bei den iranischen Befragten findet sich zudem ein größerer Anteil Konfessionsloser.

Abbildung 4: Religionszugehörigkeit der Befragten (in Prozent)

Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.805, gewichtet. Anteile unter 5 % werden nicht ausgewiesen.

Christliche Religionszugehörige sind insgesamt gläubiger als der Durchschnitt der Befragten und weisen mit Blick auf die Häufigkeit des Betens und des Besuchs von Gottesdiensten bzw. religiösen Veranstaltungen die höchsten Werte auf. Muslime sind hingegen am wenigsten gläubig. Sie – wie auch Yeziden – beten zudem seltener als die übrigen Religionsgruppen und besuchen am seltensten Gottesdienste oder religiöse Veranstaltungen, was auch durch fehlende Gelegenheitsstrukturen verursacht sein kann.

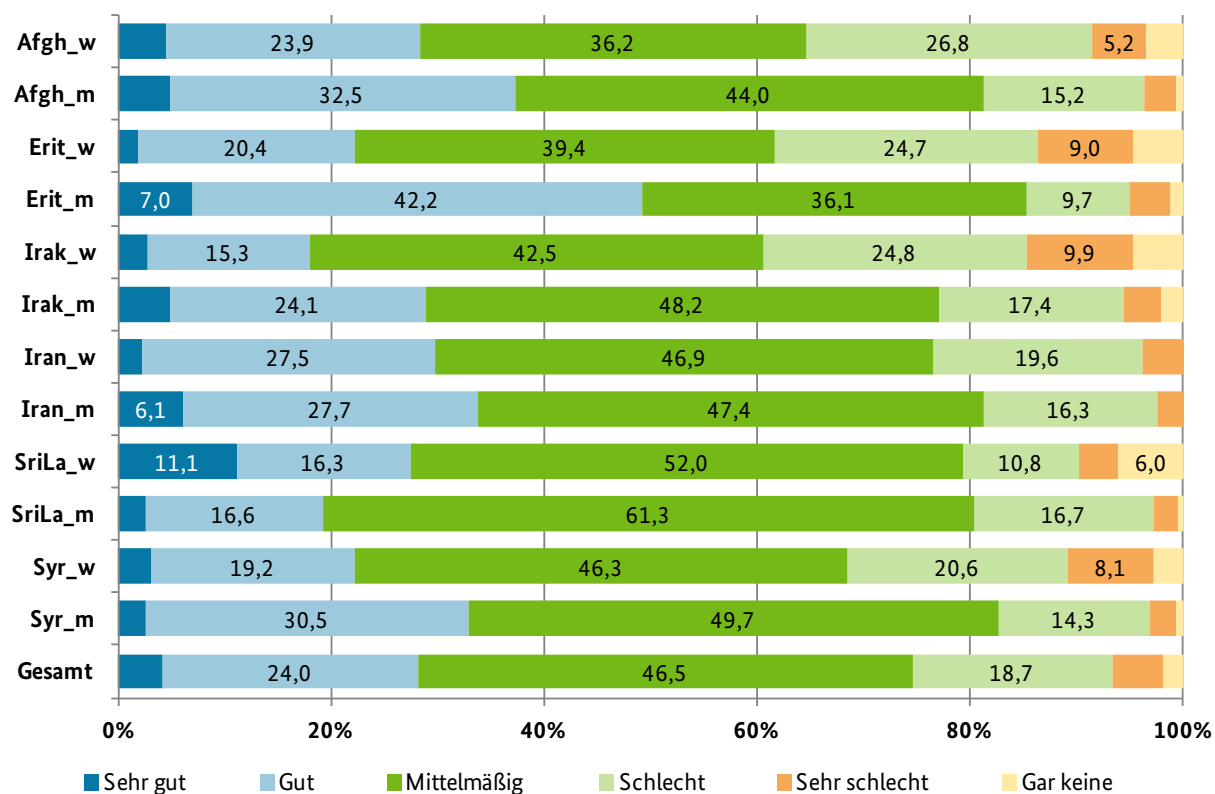
Muttersprachliche Kenntnisse: überwiegend (sehr) gut mit Spezifika bei Kurden

Bei Eritrea (Tigrinya), Sri Lanka (Tamil) sowie Afghanistan und dem Iran (Persisch) ist jeweils die klare Dominanz einer Muttersprache unter den Befragten feststellbar. Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien sprechen am häufigsten kurdische Dialekte und/oder Arabisch. Bei der Einschätzung der muttersprachlichen Kenntnisse durch die Befragten gibt es vor allem bei den kurdischen Muttersprachlern einen relativ großen Unterschied zwischen mündlichen und schriftlichen Kenntnissen. Dieser hängt wahrscheinlich mit einer schriftsprachlichen Alphabetisierung im Arabischen zusammen. Alle Sprachfertigkeiten in der Muttersprache werden jedoch von einer deutlichen Mehrheit als sehr gut oder gut bewertet.

Deutschkenntnisse variieren nach Herkunftsland und Geschlecht

Die Bewertung der Deutschkenntnisse in einem Gesamtindex (Sprechen, Verstehen, Lesen und Schreiben) ergibt, dass 28,1 % der Befragten ihre Kenntnisse als sehr gut oder gut einschätzen, 46,5 % als mittelmäßig und 25,4 % als schlecht bis nicht vorhanden. Differenziert nach Herkunftsländern schätzen vor allem Männer aus Eritrea ihre Deutschkenntnisse überdurchschnittlich hoch ein. Flüchtlinge aus Sri Lanka bewerten ihre Kenntnisse am schlechtesten, nutzen aber dennoch überdurchschnittlich oft das Deutsche als Sprache außerhalb des Haushalts.

Abbildung 5: Gesamtindex der selbst eingeschätzten Deutschkenntnisse nach Herkunftsland und Geschlecht (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.790, gewichtet. Anteile unter 5 % werden nicht ausgewiesen.
Basis: Befragte, die zu allen vier Sprachfähigkeiten im Deutschen gültige Angaben gemacht haben.

Frauen schätzen ihre Kenntnisse im Deutschen etwas niedriger ein und haben bei der Sprachverwendung im Alltag eine stärkere Orientierung hin zur Muttersprache. Dies hängt vermutlich mit ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung und der geringeren Kontaktdichte zusammen, wodurch weniger Gelegenheiten zum Deutschlernen gegeben sind. Flüchtlinge, die sich in Ausbildung befinden und ein jüngeres Durchschnittsalter aufweisen, bilden die Gruppe mit der besten Selbsteinschätzung der deutschen Sprachkenntnisse und der stärksten Orientierung auf die deutsche Sprache im Alltag.

Kenntnis weiterer Sprachen: Arabisch und Englisch am stärksten verbreitet

52,3 % der Befragten geben an, neben Deutsch noch weitere (Fremd-)Sprachen zu sprechen. Zum Teil dürfte es sich bei den Nennungen auch um Alphabetisierungssprachen bei einer anderen Muttersprache handeln. Am häufigsten genannt werden Arabisch und Englisch, daneben z. T. herkunftslandspezifische Sprachen, die in Nachbarländern oder im eigenen Land von anderen Volksgruppen gesprochen werden (wie Paschtu in Afghanistan). Auch Sprachen ehemaliger Kolonialmächte, wie Italienisch in Eritrea, spielen eine Rolle.

Hohe Beteiligung an Integrations- und sonstigen Sprachkursen, positive Bewertung

Insgesamt 82,0 % der Befragten haben in Deutschland mindestens einen Sprachkurs besucht oder taten dies zum Befragungszeitpunkt. Männer (84,1 %) sind etwas häufiger auf diesem Gebiet aktiv als Frauen (78,0 %). Die Teilnahme an Sprachkursen unterscheidet sich sowohl hinsichtlich der Art des besuchten Kurses als auch mit Blick auf unterschiedliche Herkunftsgruppen teils deutlich. Integrationskurse mit Alphabetisierung stellen die am häufigsten besuchte Kursart dar (62,0 % in der Vergangenheit; 11,2 % zum Zeitpunkt der Befragung), da viele der Flüchtlinge in nichtlateinischer Schrift alphabetisiert wurden. Es folgen der Besuch von sonstigen Integrationskursen, Kursen für berufsbezogenes Deutsch sowie anderen Sprachkursen.

Der Nutzen von Integrationskursen wird über alle Herkunftsgruppen hinweg deutlich positiv bewertet. Etwa die Hälfte der Befragten (49,0 %) sieht den Besuch als sehr hilfreich an, ein weiteres Drittel (36,4 %) als hilfreich.

Beratungsangebote: Positive Bewertung trotz Unterscheidungsproblemen

Gut ein Drittel der Befragten hat mindestens ein Beratungsangebot genutzt (35,1 %). Der Besuch einer Flüchtlings- und Asylberatungsstelle kommt dabei am häufigsten vor, gefolgt von der Migrationsberatung für Erwachsene sowie dem Jugendmigrationsdienst. Allerdings fällt den Befragten offenkundig die Unterscheidung der besuchten Angebote schwer, wovon die häufige Nennung von Trägerorganisationen (z. B. „Caritas“) in der Kategorie „Sonstige Beratungsstellen“ zeugt.

75,8 % der Befragten, die mindestens ein Beratungsangebot wahrgenommen haben, bewerten den Besuch als sehr hilfreich bzw. hilfreich. Ähnlich wie bei den Integrationskursen sehen dabei iranische Flüchtlinge – die am häufigsten Beratungsstellen aufgesucht haben – den Nutzen verhältnismäßig kritisch (aber wie die übrigen Herkunftsgruppen noch überwiegend positiv). Das entgegengesetzte Muster zeigen Befragte aus Sri Lanka, die bei unterdurchschnittlicher Besuchshäufigkeit den Nutzen der Beratungsangebote am positivsten einschätzen.

Bleibe- und Einbürgerungsabsicht: Starke Orientierung auf ein dauerhaftes Leben in Deutschland

Der Großteil der Befragten (84,7 %) möchte dauerhaft in Deutschland leben. Eritreer, Iraner und Syrer haben etwas weniger ausgeprägte dauerhafte Bleibeabsichten als die übrigen Herkunftsgruppen. Bei den Syrern betrifft dies vor allem Flüchtlinge, die sich erst relativ kurze Zeit in Deutschland aufhalten. Bei ihnen könnte eine stärkere Hoffnung auf Rückkehr aufgrund der erst in jüngerer Zeit verschlechterten politischen Lage im Land vorliegen.

Parallel zur dauerhaften Bleibeabsicht ist auch ein starker Wille der Befragten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, zu verzeichnen (79,8 % „auf jeden Fall“). Lediglich Flüchtlinge aus Sri Lanka wollen den deutschen Pass zwar ebenfalls mehrheitlich, aber etwas seltener beantragen als die übrigen Herkunftsgruppen.

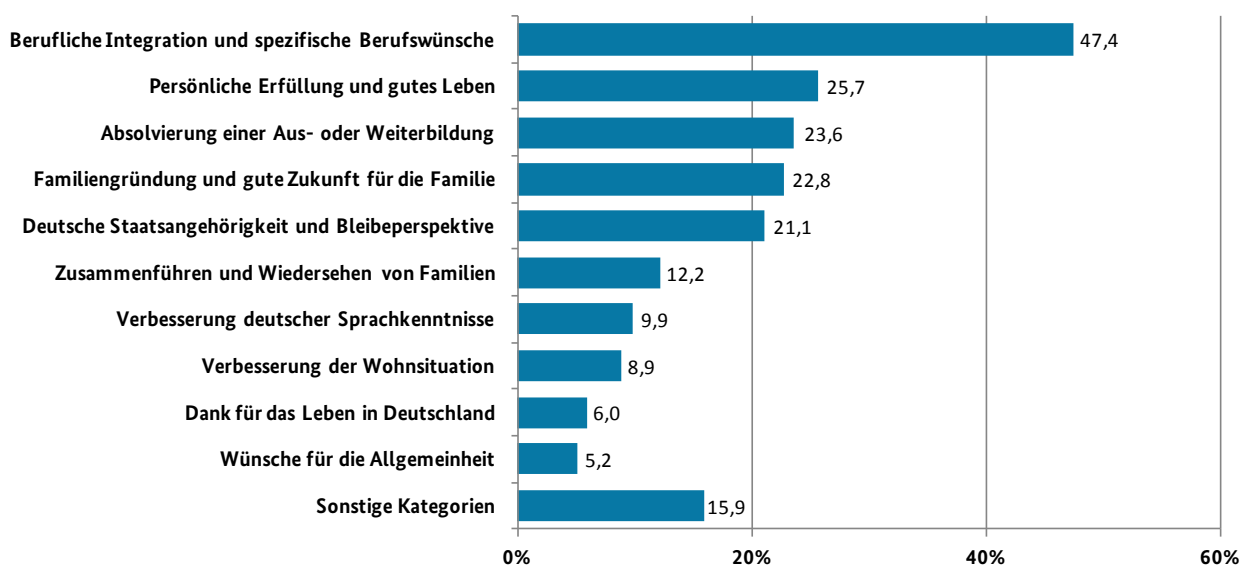
Zufriedenheit variiert nach Lebensbereich

Mit Blick auf die Zufriedenheit in Deutschland in verschiedenen Lebensbereichen zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit von über 70 % der Befragten mit der gesundheitlichen und der Wohnsituation, der familiären Situation und den sozialen Kontakten sehr oder eher zufrieden ist. Die berufliche Situation und das Einkommen werden hingegen deutlich negativer bewertet, was mit der objektiv schlechteren Situation in diesen Bereichen korreliert.

Berufs- und ausbildungsbezogene Aspekte dominieren die Wünsche der Befragten

Alle Befragten äußern in offener Form vielfach berufs- und ausbildungsbezogene Wünsche sowie Anliegen, die sich auf die Gründung oder Zusammenführung von Familien und auf ein Leben in Frieden und Sicherheit beziehen. Zudem zeigen sich eine große Dankbarkeit gegenüber Deutschland und der Wunsch, an der Gesellschaft zu partizipieren.

Abbildung 6: Kategorisierte Wünsche der Befragten für ihr weiteres Leben nach Häufigkeit der Nennung (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=1.421, gewichtet. Mehrfachnennungen möglich.
Basis: Befragte, die mindestens einen Wunsch geäußert haben.

Fazit: Günstige Voraussetzungen nutzen, Integration über das Bildungs- und Erwerbssystem hinaus fördern

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Voraussetzungen zur Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland günstig sind (viele junge Menschen, starke Bleibe-, Einbürgerungs- und Erwerbsmotivation). Gleichzeitig besteht noch erhebliches Verbesserungspotenzial hinsichtlich der Qualifikationsstruktur und der Arbeitsmarktbeteiligung, insbesondere bei weiblichen Flüchtlingen. Die beim Herkunftsland Sri Lanka vorzufindende hohe Erwerbsbeteiligung, die wahrscheinlich mit den Effekten ethnischer Netzwerke zusammenhängt, zeigt exemplarisch auf, vor welchen Herausforderungen Deutschland in den nächsten Jahren steht: Eine rasche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt findet vorrangig in gering bis mittel qualifizierte abhängige Beschäftigung statt, die zwar kurzfristig Einkommen schafft, längerfristig aber kaum Aufstiegsperspektiven bietet. Sprachliche und berufliche Weiterqualifizierung, zu der die Flüchtlinge prinzipiell durchaus motiviert sind, kann dem entgegenwirken, jedoch in Widerspruch zu dem Wunsch – und oft auch der Notwendigkeit – des schnellen Geldverdienens geraten.

Zugleich sollte sich die Integrationsförderung nicht nur auf die genannten Themen konzentrieren, da es dauerhaft eine Gruppe von Flüchtlingen geben wird, die aus unterschiedlichen Gründen (u.a. Alter und Gesundheitszustand) nicht am Bildungs- und Erwerbssystem teilnimmt. Nicht alle sind zudem in familiäre Netze eingebunden, bei einigen Herkunftsgruppen gibt es beträchtliche Anteile von alleinlebenden Personen. Gerade dann, wenn solche und weitere Faktoren (z.B. eine ungünstige Wohnlage und geringes Einkommen) für den Einzelnen zusammenkommen, wird es wichtig sein, der Gefahr sozialer Isolation durch entsprechende Angebote zu begegnen. Religiöse Gemeinden und Sportvereine dienen bereits als bevorzugte Anlaufpunkte, das Spektrum der zivilgesellschaftlichen Einbindung von Flüchtlingen sollte aber möglichst noch erweitert werden.